

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Siegmar Mosdorf MdB
zum Erfordernis, die
Handlungsfähigkeit der
Vereinten Nationen
herzustellen: UNO zur
Welt-Regierung ma-
chen.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein
MdB zum Umgang der
USA mit der Energie-
und Klimaproblematik:
Statt großer Verspre-
chungen praktische
Schritte.

Seite 2

Michael Müller MdB zur
Bedeutung des Über
dem Süden der USA
tobenden Wirbel-
sturms: Die Wetterex-
treme sind Alarmboten.

Seite 6

47. Jahrgang / 163

26. August 1992

UNO zur Welt-Regierung machen

Zum Erfordernis, die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen herzustellen

Von Siegmar Mosdorf MdB

Butros Ghali, der neue engagierte UNO-Generalsekretär, drohte dieser Tage: Wenn das Schießen in und um Sarajewo nicht aufhört, werde die UNO ihre Einheiten wieder abziehen. Wie bitte? Fragt sich da der Bürger. Die Antwort ist einfach: UNO-Blauhelme dürfen nur nach einem Waffenstillstand eingesetzt werden. Das Beispiel Jugoslawien zeigt, daß wir noch keine handlungsfähige Weltorganisation haben. Jeden Tag sehen wir Bilder des Grauens und der Zerstörung aus den Städten in denen viele Deutsche gestern noch ihren Urlaub verbrachten. Wir hören von Bombardierung, Internierungslagern und Vertreibung und sind doch scheinbar ohnmächtig.

Nach der Auflösung des Ostblocks und dem Abbau des Ost-West-Konflikts gibt es heute mehr denn je regionale und ethnische Konflikte oder innerstaatliche Bürgerkriege. Früher hat jede kriegführende Partei Verbündete in den Konflikt hineingezogen. Damit wurden mindestens zweimal Weltkriege ausgelöst. Heute muß es darum gehen, die UNO als Interessenvertretung der Völkergemeinschaft in die Rolle einer handlungsfähigen Welt-Regierung zu bringen, mit der Konflikte begrenzt und vielleicht sogar gelöst werden. Handlungsfähig ist die UNO heute jedoch noch nicht. Ihr fehlt es an allem: Personal, Geld, Truppen, Logistik und Infrastruktur. Aber auch noch an der ausreichenden Loyalität der Mitglieder.

Die UNO muß deshalb durch folgende Maßnahmen gestärkt werden:

- Das UNO-Generalsekretariat muß mehr Handlungsmöglichkeiten zur Konfliktvermeidung im Vorfeld bekommen.
- Der Welt-Sicherheitsrat muß um Japan und Deutschland ergänzt, der Einfluß der Entwicklungsländer muß verbessert und das Veto-Recht der Supermächte abgeschafft werden.
- Die UNO muß für friedenserhaltende und friedensschaffende Maßnahmen weltweit neue Regional-Unterorganisationen erhalten, damit ihre Beschlüsse auch wirkungsvoll umgesetzt werden können. In Europa könnte das zum Beispiel die KSZE zusammen mit der WEU übernehmen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreislaufwirtschaft
umweltschonend
Recycling-Papier



- Die UNO braucht nicht nur Blauhelme, um Frieden zu sichern. Sie braucht auch einsatzfähige Kampftruppen, um Embargos durchzusetzen, um Sicherheitszonen zu schaffen, Menschenrechtsverletzungen zu begegnen, Völkermord zu verhindern oder um humanitäre Maßnahmen militärisch abzusichern.
- Außerdem braucht die UNO so etwas wie "Grünhelme", um bei Katastrophen den Menschen in ihrem Land humanitäre Hilfe zu leisten und so Flüchtlingsströme zu vermeiden. Eine Art "Internationales Technisches Hilfswerk" könnte nach Kriegen und Katastrophen beim Wiederaufbau, bei der Rückkehr von Flüchtlingen und der Versorgung der Menschen helfen.

Dies ist aber nur zu verwirklichen, wenn sich alle Mitgliedsländer engagieren. Wir Deutschen können und müssen auch mehr leisten. Wir sollten uns aber auf Grund unserer Geschichte nicht als neuer Weltpolizist nach dem Motto "Germans to the front" aufführen.

Als vollwertiges Mitglied der Völkergemeinschaft müssen wir unser ökonomisches, ökologisches und soziales Engagement verstärken. Wir geben heute zum Beispiel immer noch weniger für Entwicklungshilfe in der ganzen Welt aus, als wir jetzt gezwungen sind für die Unterbringung von Flüchtlingen bei uns aufwenden.

Deutschland sollte sich sofort an den Blauhelm-Einsätzen der UNO beteiligen. Dazu ist jetzt eine Verfassungsänderung notwendig. Gleichzeitig muß in Europa ein gemeinsames Sicherheitssystem mit einer Art "Europäischer Bundeswehr" geschaffen werden. Die europäischen Truppen müssen dann auch der UNO für alle Einsatzformen zur Verfügung stehen. Nur so werden wir als Deutsche und als Europäer den neuen Herausforderungen der Welt gerecht.

(-/26. August 1992/rs/ks)

Statt großer Versprechungen praktische Schritte **Zum Umgang der USA mit der Energie- und Klimaproblematik**

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission "Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages

In Rio haben sich Bundeskanzler Kohl und Bundesumweltminister Töpfer mit Wohlgefallen dafür feiern lassen, daß Deutschland den wohl progressivsten Beschluß zur CO₂-Minderung vorzuweisen hatte. Hätte die Frage auf der Tagesordnung gestanden, welche Maßnahmen zur Umsetzung die Bundesrepublik in den vergangenen 2 Jahren vorgenommen hat, dann hätte das glänzende deutsche Image sicher einige Kratzer bekommen. Denn der Beschluß der Bundesregierung, eine 25-30 Prozent Reduktion bis 2005 erreichen zu wollen, stammt immerhin schon vom 7. November 1990.

Inzwischen liegt noch keine einzige der notwendigen Gesetzesänderungen und Verordnungen auf dem Tisch: weder die versprochene Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes mit einer Priorität für Energieeinsparung noch eine verschärfte Wärmeschutzverordnung (angekündigt für 1994!) noch ein umfassendes Förderprogramm für erneuerbare Energien noch Maßnahmen zur Ausschöpfung der erheblichen Einsparpotentiale bei der Gebäudeheizung und beim Treibstoffverbrauch der Kraftfahrzeuge.

I.

USA leiten konkrete Schritte ein

Im Gegensatz zu den deutschen Repräsentanten hat Präsident Bush durch sein Auftreten in Rio sein Land, für alle Welt sichtbar, in eine umweltpolitische Neinsagerrolle gedrückt. Die Kritik dafür war zu Recht unerbittlich. Ohne Zweifel hat die Bush-Administration durch ihre hartnäckige Weigerung, feste Reduktionsraten in die Klimakonvention aufzunehmen, konkretere Fortschritte in Rio verhindert; ohne Zweifel ist es fast unmöglich, einen internationalen Prozeß zum Klimaschutz anzustoßen, wenn ausgerechnet die Amerikaner als weltweit größte Energiever-

braucher (sowohl pro Kopf als auch in absoluten Zahlen verursachen sie die meisten CO₂-Emissionen) sich querlegen.

Dennoch sollte dieser Rio-Effekt nicht verdecken, was im Lande tatsächlich geschieht.

Zum einen werden die Tatsache der Klimaerwärmung und die damit verbundenen Gefahren von den Verantwortlichen in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft praktisch nicht mehr ernsthaft bestritten. Zum andern setzt man darauf, daß die meisten Technologien zur Reduktion der Treibhausgase bereits entwickelt und einsatzreif sind und daß - eine Grundvoraussetzung amerikanischer Politik - ihr Einsatz nicht nur umweltpolitisch geboten, sondern auch kosteneffektiv ist.

William Reilly, der Chef der US-Umweltbehörde (EPA), rechnet beispielsweise vor, daß

- 5 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs in den USA heute bereits auf Computer entfalle. Dieser hohe Energieaufwand solle in den nächsten 10 Jahren halbiert werden
- der Einsatz von Energiesparlampen 58 - 75 Prozent weniger Energie benötige als konventionelle Beleuchtung. Die Effektivität des Beleuchtungssystems könnte also verdoppelt oder sogar verdreifacht werden. Bei durchgängiger Ausstattung mit Energiesparlampen könnte, so Reilly, auf neue Kraftwerke verzichtet und eine CO₂-Menge eingespart werden, die 25 Prozent der Gesamtemission aus dem Straßenverkehr entspricht. Außerdem besäßen die neuen Glühlampen eine 7 mal längere Lebensdauer als die alten
- die technischen Möglichkeiten vorhanden seien, den Energieeinsatz für Heiz- und Kühlsysteme um 75 Prozent zu reduzieren.

Bei allen Maßnahmen setzen die USA jedoch weniger auf das Ordnungsrecht als auf enge Zusammenarbeit mit Energieunternehmen, Industrie und Verbrauchern.

Bis zum 1. Januar 1993 will die US-Regierung einen Nationalen Aktionsplan vorlegen, der auflistet, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um als Ziel eine Reduktion der Treibhausgase um 7 - 11 Prozent zu erreichen. Im Kongreß liegt ein neues Energiegesetz zur Beratung vor, das 3 Schwerpunkte anstrebt:

1. Einführung des Least-cost-planning-Prinzips (Minimalkostenplanung, Abwägung zwischen Einspar- und Zubaumaßnahmen nach Kostengesichtspunkten)
2. Maßnahmen zur rationellen Energienutzung
3. stärkere Förderung der erneuerbaren Energien (Solar- und Windenergie, Biomasse u.a.)

Was den Straßenverkehr anbetrifft, so wird davon ausgegangen, daß mit heutigen technischen Mitteln eine doppelt so hohe Effektivität des eingesetzten Treibstoffs erzielt werden könnte. Die Chance jedoch, als Anreiz für die Hersteller und als Lenkungsinstrument eine kräftige Anhebung der Treibstoffpreise vorzusehen, ist in der politischen Diskussion derzeit tabu. Dasselbe gilt für eine Erhöhung der Energiepreise generell.

Dennoch scheint auch hier einiges in Bewegung zu kommen. Die öffentliche Diskussion wird angestoßen durch Untersuchungen von Fachleuten und kompetenten Vertretern großer Umweltorganisationen, wie z.B. des World Resources Institutes, die nachweisen, daß die Nichtberücksichtigung der externen Kosten des Straßenverkehrs (Kosten der Luftverschmutzung, Risiken der Klimaveränderung, Kosten für die Sicherung der Ölimporte, Unfallkosten, Landverbrauch, Lärmbelastung etc.) den amerikanischen Steuerzahler mit rund 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr belasten. (WRI: What it really costs to drive). Gestaffelte Straßengebühren, höhere Steuern für LKW u.ä. werden neben einer allgemeinen Erhöhung der Mineralölsteuer als Maßnahmen empfohlen.

II.

Kalifornien setzt auf Effizienzrevolution

Kaliforniens besondere Bemühungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen resultieren aus der besonders hohen Luftbelastung, die im Los-Angeles-Smog ihren extremsten Ausdruck findet.

Einige Zahlen zur Verdeutlichung:

- . der Bundesstaat Kalifornien ist nach den USA insgesamt und der ehemaligen Sowjetunion der drittgrößte Treibstoffverbraucher der Welt
- . 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs des Landes werden vom Verkehrssektor in Anspruch genommen
- . betrachtet man den Ölverbrauch allein, so gehen 74 Prozent in den motorisierten Straßenverkehr
- . bei einer Einwohnerzahl von 29 Millionen hat das Land 25 Millionen registrierte Kraftfahrzeuge.

Seit dem ersten Ölpreisschock 1973 betreibt Kalifornien eine konsequente Weg-vom-Öl-Politik. Entsprechend den Empfehlungen der 1974 eingesetzten California Energy Commission verfolgt das Land eine Strategie mit 4 Schwerpunkten:

1. nach dem Prinzip der Diversifizierung soll die Nutzung eines Bündels von Energiequellen die starke Ölabhängigkeit vermindern. In der Tat ist die Stromerzeugung heute nur noch zu 6 Prozent auf Öl angewiesen, gegenüber 50 Prozent im Jahre 1950.
2. die breite Palette erneuerbarer Energien - Wind, Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und geothermische Energie liefert heute dem Land bereits 12 Prozent seiner Energieerzeugung (zum Vergleich: 6% in der Bundesrepublik). Die Hälfte aller weltweit betriebenen geothermischen Kraftwerke befindet sich in Kalifornien, bei der Windenergienutzung sind es 82 Prozent.
3. Das Prinzip des Least-cost-planning führt dazu, daß die EVU selbst Methoden zur Effizienzsteigerung und Energieeinsparung unterstützen. Das geschieht beispielsweise in der Form, daß Zuschüsse für energiesparende Umbauten von Wohnhäusern, Einbau neuer Klimaanlage oder Isolierungsmaßnahmen gewährt werden, was in der Summe dazu führen kann, den Bau weiterer kapitalintensiver Kraftwerke überflüssig zu machen. Auch der Übergang zu kleineren Einheiten der Energieerzeugung wird verstärkt gefördert.
4. Im zu fast 100 Prozent vom Öl abhängigen Verkehrsbereich werden in den 90er Jahren schrittweise sowohl die zulässigen Emissionsgrenzwerte verschärft als auch systematisch neue, CO₂-ärmere Treibstoffe eingeführt. Substitute sind Methanol, Ethanol, Erdgas und Elektroantriebe.

Nach Verabschiedung des neuen Clean Air Act durch den Kongreß (1990) hat der California Air Resources Board einen Stufenplan entwickelt, der vorschreibt, daß bereits ab 1994 10 Prozent der verkauften Fahrzeuge eines Autoherstellers sog. low-emission-cars sein müssen, ab 1997 müssen es 25 Prozent sein, ab 1998 müssen mindestens 2 Prozent der in Kalifornien verkauften Fahrzeuge "Null-Emissions"-Fahrzeuge sein, also Elektroantrieb haben (bis 2003 = 10 Prozent).

Damit ist ein pragmatischer, mittelfristig aber wirksamer Prozeß eingeleitet, der zusammenzusehen ist mit Anstrengungen, die Massentransportmittel, wie Straßenbahn und schnelle Schienenverbindungen, wiederzubeleben. Kalifornien hat gelernt, daß hauptsächlich 3 Gründe für das enorme Verkehrsaufkommen verantwortlich sind:

- 1) weitgestreute, flächenaufwendige Siedlungsformen (große Entfernungen Wohnung - Arbeitsplatz)

2) ein hochentwickeltes Straßensystem von mehr als 140 000 Meilen

3) extrem niedrige Energiepreise.

Bei der Neukonzeption von Gewerbe- und Wohnsiedlungen soll daher sowohl eine höhere Verdichtung als auch eine gemischte Struktur angestrebt werden, die mehr als die Hälfte aller Privatfahrten überflüssig machen könnte. Unumwunden legt eine im Auftrag der Energiekommission erstellte Studie dar, daß der motorisierte Straßenverkehr hochsubventioniert ist: die Mineralölsteuer decke bestenfalls 70 Prozent der Straßenbaukosten (ohne Unterhaltung, Polizei etc.) Beim Individualverkehr kämen pro Dollar Mineralölsteuer 6 Dollar Subvention aus öffentlichen Kassen dazu. Die Abdeckung des Defizits der öffentlichen Verkehrsmittel würde dagegen höchstens die Hälfte dieser Kosten (2 - 3 Dollar) erfordern.

Trotz des Anwachsens der Bevölkerung und der Wirtschaft glaubt Kalifornien, auf dem eingeschlagenen Weg seinen Energieverbrauch deutlich reduzieren zu können. Zwar ist kein staatlich verbindliches Reduktionsziel für CO₂ festgelegt, aber 2 der größten Energieversorger (die Southern California Edison Company und das Los Angeles Dep. of Water and Power) haben erklärt, bis zum Jahre 2000 ihre CO₂-Emissionen um 10% und bis 2010 um weitere 10% senken zu wollen. Ein wichtiges Mittel dafür ist die Energieeinsparung bei der Gebäudeheizung und Klimatisierung:

- für Neubauten gelten verschärfte Standards bei Isolierung, Heiztechnik usw.
- für Altbauten werden im Falle der Erweiterung oder des Umbaus finanzielle Hilfen zur Effizienzverbesserung angeboten.

Mit dem Effizienzkonzept hat Kalifornien den Beweis erbracht, daß eine Senkung des Energieverbrauchs möglich ist, ohne daß eine Einschränkung des Lebensstandards erfolgen müßte. Zwischen 1978 und 1988 ging der Stromverbrauch in Kalifornien um 0,3 Prozent pro Kopf zurück, während er in den USA insgesamt um 11 Prozent anstieg.

Mehr und mehr wird auch in Amerika erkannt, daß der eingeschlagene Weg sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Allein die Umstellung auf einen neuen Energiemix, also die Nutzung diversifizierter Energiequellen einschließlich der Kraft-Wärme-Koppelung, haben in den letzten Jahren 30 000 neue Arbeitsplätze in Kalifornien geschaffen. Noch weitaus mehr neue Jobs werden erwartet durch Energiesparmaßnahmen wie Gebäudeisolierung u.ä. Der Arbeitsplatzeffekt wäre nach Studien 4mal größer als durch Aufwendungen derselben Summen für den Bau neuer Kraftwerke.

III.

Wenngleich die eingeschlagenen Schritte keinen sensationellen Durchbruch in kurzer Zeit versprechen, so weisen sie doch in die richtige Richtung. Ein kompaktes Bündel von Einzelmaßnahmen, die wirklich realisiert werden, bewirkt mehr für den Klimaschutz als ein hochgestecktes Pauschalziel, das nur auf dem Papier steht.

Die Bundesregierung läuft Gefahr, auf den Lorbeeren Ihres 25-Prozent-Beschlusses auszuruhen. Es wäre fatal, wenn ausgerechnet Deutschland als Gastgeberland bei der ersten Folgekonferenz nach Rio mit leeren Händen dastünde. Deshalb müssen jetzt endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Die Arbeiten der Interministeriellen Arbeitsgruppe sind abge-

schlossen, die notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen sind bekannt. Die Bundesregierung ist am Zug.

(-/26. August 1992/rs/fr)

Die Wetterextreme sind Alarmboten
Zur Bedeutung des über dem Süden der USA tobenden Wirbelsturms

Von Michael Müller MdB

Vorsitzender der Bundestags-Enquete-Kommission Schutz der Menschen und der Umwelt

'Andrews' hat in Amerika eine Spur der Vernichtung hinterlassen. Extreme Stürme nehmen seit einigen Jahren vor allem im Frühjahr und Herbst zu, in den jahreszeitlichen Übergängen zwischen Sommer und Winter. Die Ursache liegt in einer gewaltigen Energiezufuhr in die höheren Luftbereiche durch die schleichende Erwärmung der Erdatmosphäre. Die Veränderungen im Treibhauseffekt führen nämlich nur zu höheren Durchschnittstemperaturen, sondern auch zu zunehmenden Instabilitäten bei den Windverhältnissen und bei der Niederschlagsmenge und -verteilung.

Nach vorliegenden Studien des meteorologischen Instituts der Universität Bonn haben die menschenbedingten Eingriffe in das Klimasystem dazu geführt, daß die Strahlungsintensität in der Troposphäre um rund vier Watt pro Quadratmeter zugenommen hat. In der Folge erwärmen sich vor allem die Meeresregionen, die rund Zweidrittel der Erde bedecken, und es kommt zu einer verstärkten Feuchtbildung. Diese Verdunstung erhöht die Energiezufuhr in die untere Atmosphäre und beeinflußt das empfindliche Windfeld. Diese beiden Prozesse führen zu zunehmenden Wetterextremen: Orkane, Stürme, Starkregen, extreme Regenfälle.

Die Folgen sind überall auf der Welt festzustellen, auch in unseren Breiten zum Beispiel in den Frühjahrs- oder Herbststürmen, sie zeigen sich vor allem im Frühjahr und Herbst, aber mit besonderer Wucht in den ökologisch sensiblen Ländern der tropischen Breiten. Diese Entwicklung ist kein "Naturschicksal", sondern die Folge der menschlichen Eingriffe in das Klimasystem. Mit dem Wirbelsturm Andrews zeigt sich, daß die Tatenlosigkeit der amerikanischen Regierung auch die USA zum Opfer macht.

Trotz dieser Fakten gibt es keine praktischen Konsequenzen. Der Erdgipfel von Rio bot ein ernüchterndes Bild über die Handlungsunfähigkeit der Industriestaaten. Sie, auch die Politik der Bundesregierung, lassen die Entwicklung treiben. Die seit drei Jahren gemachten Ankündigungen des Bundeskabinetts sind bis heute folgenlos geblieben. Es sind inhaltsleere Sonntagsreden. Der Bundestag darf die Ankündigungspolitik der Bundesregierung nicht hinnehmen. Er hat die Empfehlungen der Klima-Enquete einmütig unterstützt, er darf jetzt nicht schweigen, wo nichts davon umgesetzt wird. es ist an der Zeit, von der Bundesregierung Rechenschaft zu verlangen.

(-/26. August 1992/rs/ks)
